

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Kgr. Sachsen  
u. Frst. Sach.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Verlag in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Hilfs-Expeditionen für die  
Bereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueder,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Hah,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Hilfs-Expeditionen und sonstige Partei-Gelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 49.

Mittwoch, 29. April.

1874.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

Für die Monate Mai und Juni zu 10 1/2 Sgr. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 8 Sgr. bei der Expedition, Zeigerstr. 44, und bei Colp. Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Hilfs-Expeditionen: für **Boltmarsdorf**, **Reudniz**, **Reuschönefeld** u. bei D. Stelzer, **Reudniz**, Kapellengasse 11, 2 Tr., für **Plagwitz** und **Linobrunn** u. bei Frau Hohe, **Plagwitz**, Bismarckstr. 26, für **Connewitz** u. bei Teubert, **Vornaische Straße** 19, für **Kleinöschers** und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für **Lohnberg** bei Horn, **Hauptstr.** Nr. 95, für **Stötteritz** bei Gust. Voigt, **Schulweg** 2, für **Gohlis** u. bei D. Feutert, **Hauptstr.** 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, **Engelauer** 6b, 4 Tr.; **Görge**, **Weberstr.** 32; **Rubnow**, **Brunnenstr.** 34 im Laden; **Wiegner**, **St. Johannisstr.** 1; **Vogel**, **Prinzenstr.** 61.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbeitrag zu entrichten.

### An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Mai seiend einer Postexpedition, wollen sich die Betroffenen auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

### Die Expedition des „Volksstaat“.

## Rede des Abgeordneten Julius Motteler über das Militärgesetz in der Reichstags-Sitzung vom 20. April.

Meine Herren! — (Auf: Tribüne!) Ich spreche auf Grund der Beschlüsse von meinem Plaze aus. Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß man in diesem Hause ganz wohl urtheilen kann, wenn die Herren Abgeordneten ein Interesse daran nehmen, den Redner zu hören. Ich werde demgemäß bemüht sein, so verständlich als möglich vom Plaze aus zu sprechen, wenn die Herren in diesem Hause auch um ein Stündchen entgegenkommen wollen.

Es ist uns bei der ersten und zweiten Lesung dieses Gesetzes nicht gelungen, im Worte zu gelangen; der noch hatten wir ein wesentliches Interesse daran. Sie wissen, meine Herren, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die hier in diesem Hause gegenwärtig durch vier Abgeordnete vertreten ist, die soziale, politische und religiöse Frage nicht trennt. Eine Vorlage nun, wie die gegenwärtige, bietet unsere Partei die beste Gelegenheit, ihre Grundsätze zu vertheidigen und zu rechtfertigen; es giebt keine durchschlagenderen Beweismittel, die Richtigkeit unserer Auffassung der Zusammenhänge der drei Fragen zu erklären und deren wörtlichen Zusammenhang darzulegen, als die in der Vorlage des Militärgesetzes enthaltenen.

Es ist von verschiedenen Rednern dieses Hauses darauf hingewiesen worden, daß die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bei dieser Gesetzesvorlage in erster Linie in Betracht kommen. Dabei sind die sogenannten politischen Bedürfnisfragen jedoch weit einseitiger von allen Seiten behandelt worden, als die wirtschaftlichen, die nach unserer Auffassung die entschieden wichtigsten sind. Ich will mich nicht damit beschäftigen, abweichend von unseren gegenüber jenen Einwendungen, die gemacht wurden, zu erwidern, die vom politischen Standpunkte aus sich gegen das Militärgesetz wandten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist sich ja auch der Ehre, eine der bestgehabten Parteien im Hause zu sein; ihre Angehörigen werden nach dem politischen Standpunkte, den sie einnehmen, von gewisser Seite eingereiht in die Kategorie der Reichsfeinde, Feinde des Vaterlandes und Feinde des Staates ganz inobesondere.

Nun, meine Herren, ich glaube berechtigt zu sein, darauf zurückzukommen, daß es doch wohl der Mühe lohnte, zu erwägen, weshalb eine Partei sich in so scharfer Stellung gegenüber diesen Institutionen befindet. Weshalb sind wir Feinde des Vaterlandes, nach der Auffassung der größeren Zahl der Vertreter dieses Hauses, wenn wir die Gesellschaft, warum des Staates Gegner? Sind wir aus bloßer Lust zum Opponiren, oder haben wir berechnete Gründe, gegen die erwähnten Institutionen uns zu kehren? Wenn wir wirtschaftlichen, wie vom politischen Standpunkte aus haben wir sie. Ich darf wohl weiter fragen: sind denn die genannten Institutionen so angelegt, daß wir uns darin wohl und zufrieden fühlen könnten? — Wenn wir speciell von anderer Seite von uns Gegnern des Reiches sprechen hören, so ist dies so allgemein gegeben, daß, wenn man das Wort hört, man selbst als Sozialdemokrat, wenn man nicht lächeln möchte, darüber erschanden könnte. Wir sind Gegner des Reiches, insofern das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentirt, unter denen wir uns gedrückt fühlen, unter denen wir leiden; wir sind aber nicht Gegner des Reiches als solches, als eines nationalen, als eines staatlichen Organes, sondern wir sind Gegner jener Einrichtungen im Reich, die uns zu weissen bejahren, die uns am gewaltigsten trüben. Nun, meine Herren, eine solche Institution ist eben der Militarismus, der Militarismus, so sage ich, gegen den nicht bloß die vorgeschrit-

teren liberalen Parteien seit dem letzten Jahrzehnt gekämpft haben, der Militarismus, gegen den sogar ein Theil derjenigen Partei, die den tonangebenden Kern dieses Hauses bildet, gekämpft und bei der ersten Lesung sogar durch ihre Redner sehr lebhaft demonstriert hat. Wir sind Gegner des Militarismus vorherrschend aus ökonomischen Gründen, wir trennen ja die großen Eingangs-erwähnten Fragen deshalb nicht, weil wir uns sagen, in einer wohlorganisirten Gesellschaft muß Alles sich wirtschaftlich wohl fühlen, muß auch eine gesunde Politik getrieben werden, in einer wohlorganisirten Gesellschaft muß Jeder nach seiner Façon selig werden können.

Meine Herren, die wirtschaftliche Frage ist entschieden die wichtigste und ich meine daher auch nicht zu verlassen zu können, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß die Schwierigkeiten der Lösung des in der Militärgesetzesvorlage gegebenen Problems, die nun durch das Compromiß erfolgt ist, von vor über einem Jahrzehnte her datiren, in welchem man von ganz gleichen wirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend, seitens der preussischen Fortschrittspartei und der liberalen Parteien gekämpft und operiert hat. Vom Jahre 1862 aufwärts datirt der preussische Militärkonflikt, und, meine Herren, es ist uns derselbe überkommen mit so mancher als wohltätig gerühmten Institution des preussischen Staates, Sie haben ihn durch die Annahme dieses Compromisses auf sieben Jahre nur vertagt; aufgeschoben aber, meine Herren, ist nicht aufgehoben! Ich wünschte als Sozialist, daß es in dieser Session schon gelungen wäre, besonders aus wirtschaftlichen Gründen, den Knoten zu lösen, denn wir sind bei weitem nicht so destruktionslustig, wie man es uns unterstellen möchte, und ich bedauere, daß besonders in der Presse nicht Leidenschaftlosigkeit genug beobachtet wird, daß ganz besonders in dem Verkehr anderer Parteien mit der unsrigen ganz dasselbe waltet, so daß wir häufig verhindert sind, die Ehrlichkeit unserer Absichten genügend darzulegen. Inmitten jeder Partei giebt es extreme Köpfe, vorankommende, die sich wenig darum kümmern, was aus den hinter ihnen Kommenden wird; Remanden aus unserer Partei wird es nicht entfallen, allen Parteigenossen einen Vorwurf daraus zu machen, wenn ein einzelner vorgeschrittener Führer falsche Annahmen getroffen hat; aber ebenso erachten wir es für recht und in diesem Hause möchten wir es für recht erachtet wissen, nicht verantwortlich gemacht zu werden für Thorheiten, die allerdings gelegentlich unter unserer Firma so ganz im Allgemeinen gemacht werden. Unsere Bewegung ist noch so jung, daß man überhaupt noch nicht die volle Klarheit aller Verhältnisse kann.

Meine Herren, ich setze voraus, der preussische Militärkonflikt ist in das Reich hinübergekommen und ist durch das Compromiß nicht gelöst worden. Wir, vom sozialistischen Standpunkte aus, bedauern das auf das Allerlebhafteste, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig leben und von denen, wie der Herr Abgeordnete Börg gesagt hat, man sagen könnte, der Ruin der Gesellschaft habe schon angefangen, sind in der That so löhrend, daß das Volk nicht in der Lage ist, neue Lasten zu tragen an Gut- und an Lustlosen. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Braun hat, als es sich um eine Geschäfts-erordnungs-Instruction handelte, uns zugerufen, wir möchten auf dem Plane sein, man beachtete auf unsere Ohren eine Hypothek zu legen. Ich erwidere darauf, das deutsche Volk muß auf dem Plane sein bei dieser Gesetzesvorlage, denn man beachtete, ihm eine Hypothek auf sein Fleisch, auf sein Blut, auf seinen Säckel, ja auf seine künftigen Generationen zu legen. Und wenn ich darum wiederhole, die wirtschaftliche Seite dieser Frage ist für uns die allerwichtigste, so will ich Sie doch nicht damit ermüden, die Mittheilungen herunterzulesen, die ein Kolb und andere Staatsräthe anführen als die gewaltig großen Ausgaben für die stehenden Heere; ich will mich auch ferner nicht damit befassen, Ihnen auseinanderzusetzen, daß wir aufrichtige Gegner des vorliegenden Gesetzes sind und weshalb wir neben den wirtschaftlichen auch aus politischen Gründen für die Volkswirtschaftung sind. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf Moltke hat seiner Zeit in der ersten Lesung gegen die Willen sich die Autorität Washington's berufen. Dem entgegen könnte ich mich auch auf eine Autorität berufen, die sich für die Richtigkeit und Errichtung von Land- und Volkswehren ausspricht: es ist Radetzky, und so haben wir eine große Menge von Autoritäten, die alle die Möglichkeit ausgesprochen haben, daß die Institution der Volkswehr ganz wohl die Institution der stehenden Heere ablösen könne ohne Gefährdung wohlorganisierter Staaten.

Meine Herren, Millionen von Thalern sind in Folge des letzten Krieges in deutsche Hände gekommen. Vom Tische der Regierung ist uns gesagt worden, daß diese Millionen nur zu militärischen Zwecken verwendet werden sollen. Von anderer Seite wird uns in Aussicht gestellt, daß man einem Defizit entgegenzuwirken in Deutschland, wenn bei der hohen Friedenspräsenz die Ausgaben mehr und mehr gesteigert werden. Wenn der Herr Abgeordnete Graf Moltke aber bei der Generaldebatte gesagt hat, daß ein jeder Staat das Recht habe, zu bestehen, das erste Bedürfnis eines Staates sei, zu existiren und sein Dasein nach außen gesichert zu sehen, dann erinnern wir vom sozialistischen Standpunkte aus an ein noch viel wichtigeres Recht im Interesse der Faktoren, die den Staat bilden, wir verlangen für die Individuen, für den einzelnen Menschen, für den Staatsbürger das Recht zu bestehen nach innen wie nach außen, und deshalb erheben wir, wenn auch in dritter Lesung erst, unsere Stimme, um Ihnen zuzurufen: das Volk braucht Frieden, das Volk braucht Brot; allein, die gewaltige Erziehung, in der sich Deutschland befindet, deutet nicht auf Frieden hin, trotz der viel verheißenden Worte

der Thronrede. Im Gegentheil! Verschiedenes, was der Herr General von Boigt-Rogge gesagt hat, deutet auf etwas ganz Anderes hin! Ich will mich nicht damit befassen, in Konjekturen politisch zu machen, sondern nur daran erinnern, daß wir in Deutschland das traurige Bild der Massenverarmung vor Augen haben und daß wir es nicht unterlassen dürfen, in einer so hohen Versammlung, wie diese, davon zu sprechen. Wir haben uns wohl vorzuhalten, ob das Volk in der Lage ist, die hohen Steuern, die für die Institution, die Sie hier schaffen wollen, unsehrbar erwachsen müssen, tragen zu können.

Wenn ich nun aber einen Blick in die Einzelheiten des Gesetzes hineinwerfe, so bestärkt sich zu meiner Ueberzeugung Eines, was uns immer bestritten wurde, nämlich, daß der heutige Staat ein Klassenstaat, daß die heutige Gesetzgebung ihrer Natur nach eine Klassengesetzgebung ist. Ich verweise nur auf § 20, in dem dies klar ausgesprochen wird, und so, wie die hohen Steuern, die vollends der Militärsaat über Ihren sogenannten Rechtsstaat gesiegt, und ich wünsche Ihnen, obwohl ich die Möglichkeit bezweifle, daß alle die Voraussetzungen, die Sie daran knüpfen, sich in alleseitigem Interesse erfüllen möchten.

Weshalb wir nun aber das Wohl der Arbeiterklassen nicht aus dem Militärsaat hervorgehen gesehen haben, dafür, meine Herren, könnte ich Ihnen mit vielen Zahlen dienen; indes, ich will nur daran erinnern, daß in Deutschland der jährliche Bedarf an Finanzen bei der Quote von 250 Millionen Thalern sich so vertheilt, daß auf den Hof 13, für das Militär 85 und für die Schuldenverzinsung 52 Millionen bezahlt werden — (nach Kolb) —, ganz abgesehen von den übrigen Opfern.

Nun aber, meine Herren, bei dieser Vorlage und namentlich bei dem § 20 hatten die liberalen Parteien Gelegenheit, so manches gegebene Wort einzulösen; denn ich kenne manchen Herrn Kollegen, der bei der Wahlpraktikation ganz besonders in den armen Weidkreisen Sachsens und des Voigtlandes versprochen hat, in ihrem Interesse zu wirken.

### Der § 20 lautet:

Auf ein bis zwei Jahre können zurückgestellt, und falls sie nicht nach ihrer Loosnummer zu den Ueberzähligen ihres Jahrganges gehören, für das nächste Jahr vorgemerkt werden:

1. die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister.

Nun, meine Herren Liberalen, warum haben Sie nicht die vollständige Freigabe in diesem Falle beschlossen!? Der Herr General von Boigt-Rogge hat doch in der zweiten Lesung, wenn ich mich nicht täusche, gesagt: es dürfe zur Erhaltung des Vaterlandes weder an Menschen noch an Mitteln gespart werden, und bei der großen Masse von Leuten, die nach der deutschen Heeresverfassung ausgehoben werden — es muß ja in Folge dessen noch gelost werden, weil man nicht Alle einstellen kann —, kommt es doch wahrlich nicht in Betracht, ob hundert oder tausend Mann, die einzigen Ernährer hilfloser Familien, Großeltern und Geschwister, mehr ausgelost werden oder nicht; im Gegentheil es ist von höchster Wichtigkeit für Sie, die Sie für die Erhaltung der heutigen Zustände ja alle erdenklichen Mittel einsetzen wollen, im Auge zu behalten, daß dadurch, daß die einzigen Ernährer hilfloser Familien u. s. w. weggenommen werden, neue Lasten den Gemeinden zugewiesen werden, die heute schon gewaltig überbürdet sind; und es ist eine feststehende Thatsache, daß die Wehrung der Armenhäuser und damit zusammenhängend die Wehrung der Zucht-häuser ganz gewaltig vorwärts schreitet. Hier wäre es am Plage gewesen, zu sagen: die einzigen Ernährer hilfloser Familien sind vom Militärdienst befreit. — Soviel für die ganz Armea, denn es kann ja nach Ihrer Vorlage der Fall vorkommen, daß ein Ernährer einer hilflosen Familie, der, um ein Beispiel zu nehmen, drei oder vier Geschwister einzuschulen hat, auf zwei Jahre zurückgestellt, nach diesen zwei Jahren aber wieder in die Reserve berufen wird, so daß in Folge dessen die Kinder nicht mehr durch ihn ausgeschult werden können, sondern die Armenhäuser werden besuchen, oder der Gemeinde oder sonst mildthätigen Seelen werden zur Last fallen müssen.

Nun aber habe ich gesagt, daß § 20 ganz besonders dazu angethan sei, den Nachweis zu liefern, daß Klassengesetzgebung auch in diesem Hause gemacht wird. Meine Herren, ich bin gewohnt, ohne Haß und Leidenschaft zu sprechen. Es liegt ja im Augenblicke nicht anders, es kann keine andere Art von Gesetzgebung stattfinden, denn Sie Alle urtheilen von dem Gesichtspunkte und Standpunkte aus, den Sie einnehmen, so wie wir von dem Gesichtspunkte und Standpunkte aus urtheilen, den wir einnehmen. Hier heißt es aber weiter unter Nr. 1 in § 20, daß

der Sohn eines zur Arbeit und Aussicht unfähigen Grundbesizers, Pächters oder Gewerbetreibenden, wenn dieser Sohn dessen einzige und unentbehrliche Stütze zur wirtschaftlichen Erhaltung des Bestandes, der Pachtung oder des Gewerbes ist,

auf ein bis zwei Jahre zurückgestellt werden soll. Ich bin weit entfernt davon, die misliche Lage des kleinen Grundbesizers zu verkennen, aber hier beginnt so zu sagen der Pseudobefug der Klassengesetzgebung heranzublicken. Hier wird der Grundbesitzer als solcher begünstigt, so daß derjenige, der in der Lage ist, über Grundbesitz zu verfügen oder Pächter zu sein, also immer noch wesentlich besser situiert ist, als der einzige Ernährer einer hilflosen Familie, der von früh bis in die Nacht arbeitet und dürftig von der Hand in den Mund lebt, — in der Vergünstigung dem entschieden Armeren gleichsteht.

(Schluß folgt.)



konnte oder nicht, und ob sie, wann ausgebrochen, verloren war oder nicht. Bismarck's Briefschichte überlegen dies dahin, daß v. d. Golt behauptet, sie wäre jedenfalls nach dem 18. August verloren gewesen. Ist das verdruckt oder umgelogen? Auch ist die Anklage gegen Bazaine nicht nur auf seine verätherische Thätigkeit nach dem 18. August, sondern auf die Weise seines Handelns vom Abende des 12. August an gegründet, was unser Elwo-Teutone wieder — wie er denkt klüglich — verschweigen läßt.

Die „deutschen Militärs“ haben während der Cernirung, wie aus v. Schell's und v. d. Golt's Buch deutlich zu entnehmen, erfahren, daß Bazaine ein Esel und Strolch. Für sie konnte der Versailles Proceß kaum eigentlich militärische Reuzigkeiten bringen. Aber „ohne interessante Aufklärungen“ sind die Verhandlungen nicht abgelaufen. Zuverlässig ist für das lesende Publikum der Erde unabweislich festgesetzt worden, daß Metz und die Bazaine'sche Armee nicht durch die Waffen der Deutschen genommen wurden, sondern durch ganz plumpe politische Intrigue, wie sie eben einem Bazaine und seinen soubouquischen Generalen gegenüber zureichte. Dann wurde aber auch, was doch nicht uninteressant ist, dargelegt, daß fast die ganze Correspondenz zwischen dem Bazaine'schen und dem Friedrich Karl'schen Hauptquartier nicht ohne Bazaine's Zutun weggeschickt worden ist. In Jarras hat sogar noch als Gefangener zu Frankfurt wichtige, ihm offiziell vom preussischen Hauptquartier vor Metz zugekommene Briefschaften an die Preußen ausgeliefert. Dies hat am 1. December der französische Generalsstabcapitän Jung vor dem Versailles Gerichtshof erklärt und unser Wissen hat weder Jarras noch die Berliner bis heute widerprochen. Das nennt Bismarck „keine Aufklärungen“ und die allwissendste ars fallendi homines (die Kunst, jemand zu täuschen) der „Provinzialcorrespondenz“, das nennt er seine Aufklärungen. Der stenographische Bericht über den Versailles Proceß ist nicht arm an interessanten, durchaus „neuen“ Mittheilungen. Da sie dem deutschen Publikum auf geraume Zeit nicht zugänglich, — die Bourgeois-Prese auf die powers that be, verliedert und die Pariser deutschen Correspondenten an die Bourgeois-Prese, so kann Bismarck's Degan bequem für den Tag — Bismarck. Neu und sprachhaft ist die vom General Bonneau du Martray erzählte Geschichte, wie er im Frühjahr 1871, aus der Gefangenschaft zurückgeführt, das in Metz verstreute Archiv der Armee du Rhin auf einem mit einem Esel bespannten Wagen aus der Mitte der deutschen Soldaten herausgeholt hat.

Der Regierungskommissar General Boveet sagt in seinem Resumé gegen Bazaine, Coffiniers de Nordet, der Gouverneur von Metz hätte am 14., nach der Schlacht von Borny, ohne Bazaine's Wissen, den Preußen auf ihr Ersuchen einen 24stündigen Waffenstillstand gewährt. Sie verlangten ihn unter dem Vorwande, ihre Todten begraben zu können, und benötigten ihn, um an die Bülden der oberen Mosel zu gelangen, ohne beunruhigt zu werden. Ein alter Barbarenwieg, den sich der Gallo-Teutone von dem Teutono-Slaven vorspielen läßt! Und Bazaine hat den Coffiniers in seiner Stellung gelassen! Von diesem Waffenstillstande sagt weder Motile in dem „größeren“ Generalstabswerke ein Wort, noch Schell und Golt in ihren „kleineren“. Deutschland hat durch den Proceß Bazaine noch mehr gewonnen und Frankreich noch mehr verloren. So hätte Bismarck drucken sollen. Er war dieses Mal zu bescheiden. Das Rehr sollen sich die Berliner von dem kaum christlichen Baron aber vollkommenen Finanzblumenthal-Beichtöcker diecontiren lassen.

### Gewerkschaftliches.

#### Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Golha.** Die Mitglieder der Gewerkschaft Mannheims haben Franz Hammer von Loht a. M. von der Gewerkschaft ausgeschlossen, indem derselbe als Beitragssammler die Gewerkschaft um 4 fl. 56 kr. betrogen hat, und ersuchen die Kollegen, denselben, wo er auftritt, zu kennzeichnen. Besonders machen wir die Kollegen in Loht aufmerksam. In Augsburg ist Bevollm. J. Mannes b. Schneider, Dachtriergasse B. 160. W. Bod.

### Correspondenzen.

**Leipzig, 27. April.** Der Strife der Schuhmacher ist ausgebrochen und sind alle auswärtigen Kollegen ersucht, jeden Zugang nach hier festzuhalten.

Diese, Notifikationen ic. sind zu senden an den Verh. der Schuhmacher bei Schreiber, Mühlgasse 3.

**Berlin, 14. April.** Der Reichstag beendete heute die zweite Lesung des Kirchendienergesetzes. Nach den üblichen Debatten wurden die Paragraphen in folgender Fassung angenommen: § 2. Die Vorschriften des § 1 finden auch auf diejenigen Personen Anwendung, welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Kirchenamte, das den Vorschriften der Staatsgesetzte zuwider liegen übertragen oder von ihnen übernommen ist, rechtskräftig Strafe verurtheilt worden sind. § 3. In der Verfassung (§§ 1, 2) sind die Gründe der angeordneten Maßregel anzugeben. Behauptet der Betroffene, daß er die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht begangen habe oder daß dieselben den im § 1 bezeichneten Thatbestand nicht enthalten, so steht ihm binnen acht Tagen nach Zustellung der Verfassung die Berufung auf richterliches Gehör offen. Zuständig ist in denjenigen Bundesstaaten, in welchen ein ausländisches Mitgliedern zusammengesetzter besonderer Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten besteht, dieser Gerichtshof; in den übrigen Bundesstaaten das höchste Gericht für Strafsachen. Das Gericht entscheidet, ob der Berufende eine der im § 1 bezeichneten Handlungen begangen hat. Wird festgestellt, daß keine Handlung vorliegt, auf Grund deren dieses Gesetz die angeordnete Verfassung für zulässig erklärt, so ist die letztere durch anordnende Behörde aufzuheben. Die Berufung muß von dem Berufenden in gerichtlicher oder notariell beglaubigter Form unterzeichnet und dem zuständigen Gerichte eingereicht werden. Für das Verfahren kommen die bei dem zuständigen Gerichte geltenden Vorschriften in Anwendung. Erforderliche Abänderungen oder Ergänzungen derselben werden bis zur gesetzlichen Regelung durch das Gericht festgesetzt. Die für den Fortgang des Verfahrens gesetzlich vorgeschriebenen Fristen können nach Ermessen des Gerichts abgekürzt werden. Die Berufung hält die Vollstreckung der angeordneten Verfassung nur dann auf, wenn die letztere den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Ausweisung aus dem Bundesgebiete ausgesprochen hat. In diesem Falle kann dem Berufenden bis zur richterlichen Entscheidung der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden. § 3. Personen, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes ihrer Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate verlustig erklärt sind, verlieren dieselbe auch in jedem anderen Bundesstaate und können eine neue Staatsangehörigkeit in keinem Bundesstaate ohne Genehmigung des Bundesraths erwerben. § 4. Personen, welche wegen Verurtheilung von Amtshandlungen in einem Kirchenamte, das den Staatsgesetzten zuwider ihnen

übertragen oder von ihnen übernommen ist, zur Unterstutzung gezogen werden, kann nach Eröffnung der gerichtlichen Unterstutzung durch Befugung der Landespolizeibehörde bis zur rechtskräftigen Verurtheilung des Verfassers der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert werden.

Für diese Paragraphen stimmte die „reichsfeindliche“ Majorität mit Einschluß der Fortschrittspartei; nur einige Mitglieder derselben, wie Baus, Richter und einige Andere entfernten sich vor der Abstimmung.

Es folgte die dritte Lesung des Pressegesetzes. In der Generaldebatte entwickelte Abg. Sonnemann in sehr eingehender Weise, daß die Aenderungen, welche der Bundesrath an den Beschlüssen der zweiten Lesung verlangte, das Gesetz für jede freisinnige Partei unannehmbar machen müßten. Namentlich sei es ein viel zu theurer Preis für die Befreiung der preussischen Presse von Cautions- und Stempel, wenn man dafür den Zeugnißzwang des Redacteurs und die nur wenig gemilderte polizeiliche Beschlagnahme durch ein Reichsgesetz in ganz Deutschland einführen sollte. In ähnlichem Sinne sprach Abg. Träger von der Fortschrittspartei. Abg. Marquardsen hat dagegen die Wünsche des Bundesraths in Form von Amendements eingebracht und Abg. Poser beantwortet dieselben lebhaft. Abg. v. Hoyerbed macht die Zustimmung der Fortschrittspartei zu diesen Amendements davon abhängig, daß der Bundesrath erkläre, ohne dieselben das Gesetz nicht anzunehmen zu können. Natürlich that ihn Hr. Delbrück den Gefallen, das zu erklären.

Nach Schluß der Generaldebatte erklärte Abg. Most zur Geschäftsordnung, daß er sich seit mehreren Tagen fast zu jeder Debatte zum Worte gemeldet habe, ohne es je zu bekommen. Es schienen also geheime Abmachungen zu existiren, welche den Wortlaut der Geschäftsordnung illusorisch mache, die verordnete, daß der Präsident dem Mitgliede das Wort geben müsse, das sich zuerst melde. Der Vicepräsident Abg. Hänel entzieht hierauf dem Abg. Most das Wort. Die einzelnen Paragraphen werden darauf bis § 24 alle nach Wunsch des Bundesraths angenommen. Die weitere Verathung wird auf morgen verlegt.

**Erfurt.** Vor Kurzem hielten wir die erste Volksversammlung nach der Wahltagation ab mit der Tagesordnung: 1) Das Gehalt der national-liberalen Abgeordneten gegenüber der Oppositionspartei im deutschen Reichstage; 2) Die Grund- und Bodenfrage, Referent war Wilhelm Ufert aus Weimar. Da für besagten Abend es unmöglich war, einen größeren Saal zu erhalten, mußte dieselbe im Parteilokal, Gasthaus „zum deutschen Kaiser“, abgehalten werden. Nachdem das Bureau sich konstituiert hatte, erhielt der Referent das Wort über den ersten Punkt der Tagesordnung. Derselbe beleuchtete in anderthalbstündiger klarer Rede die Thätigkeit der jetzt tagenden Volksvertretung, indem er die verschiedenen Gesichtspunkte, beziehungsweise Debatten der Reihe nach durchnahm, das arrogante Verhalten der gegnerischen, unsere Vertretung feindselig gesinnten Abgeordneten in einer Allen verständlichen Sprache trefflich nachwies und besonders auch den gewohnheitsmäßigen Lachern den gebührenden Platz einräumte. Bei der Verathung des Militärgesetzes verweilte der Redner längere Zeit; das ganze jetzige System einer nach allen Seiten sich erstreckenden Kritik unterwerfend, stellte er dem gegenüber die Wohlthat des deutschen Kaisers, welche, den Tag zu 12 Stunden gerechnet, in der Sekunde 7 Sgr. 10 Pf. betrage, und ging dann zu der Arbeiterbewegung im Allgemeinen über. Man waise, sagte Redner, den Sozialdemokraten vor, sie seien Reichsfeinde; man sollte jedoch lieber die Verhältnisse so ändern, daß der Arbeiter als Mensch leben könne, was durch Ausbeutung der kapitalistischen Produktionsweise, die den weitaus größten Theil der Menschheit in Noth und Elend werfe, zu erreichen sei, geschehe das, wir Sozialdemokraten müßten die besten Patrioten von der Welt sein. Nachdem noch einige Parteigenossen in gleichem Sinne gesprochen, mußte wegen vorgerückter Zeit die Versammlung geschlossen werden, ohne daß der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt werden konnte.

War auch die Versammlung wegen der Kleinheit des Lokals eine schwach besuchte zu nennen, so war doch der Geist, welcher die Anwesenden beherrschte, ein guter zu nennen, welcher denn auch durch Hysterie Beifall zum Ausdruck gelangte. Die Erkenntniß, daß die Arbeiter selbst an der Verbesserung ihrer Lage ohne Mühe nicht auf andere Parteien arbeiten müssen, greift immer mehr um sich und hier und da werden schon Stimmen laut, die das Verhalten bei den letzten Wahlen gegenüber der Arbeiterpartei bewahren. Als Commentar lasse ich noch folgende amtliche Bekanntmachung, die im „Allgemeinen Anzeiger“ steht und die deutlich zeigt, wie der Bürger sich zur Freiheit stellt, folgen: „Am Sonntag, den 22. d. M. wird zur Feier des Geburtsstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs b. i. gänztiger Witterung zwischen halb 12 und 1 Uhr eine Paradeausstellung der Truppen auf dem Anger stattfinden. Während dieser Ausstellung dürfen Fahrwerke den Anger nicht passiren und auf denselben nicht aufgestellt werden. Fußgänger dürfen sich nur auf den Bürgersteigen aufstellen und bewegen.“ Daja sei bemerkt, daß fast sämtliche mit der Bahn Reisende, den Anger passiren müssen. Wahrhaftig, die Deutschen sind große Patrioten, große Patrioten!

Hermann Göze, Schriftführer.

**Magdeburg, 9. April.** Die auswärtigen Parteigenossen haben gewiß schon lange nichts mehr von uns vernommen und vielleicht geglaubt, daß in Magdeburg die Bewegung schon längst eingeschlafen sei. Wohl lag eine Zeitlang die Bewegung darnieder, ab r schon seit mehreren Monaten sind wir wieder äußerst thätig und bemüht, das nachzuholen, was durch unabänderliche Hindernisse früher unterbleiben mußte. Schon vor den Wahlen sammelten wir uns wieder und gingen mit Volksversammlungen vor. Waren diese auch schwach besucht, so haben wir doch über 1200 Stimmen auf unsern Candidaten Th. Wegner vereinigt, und haben wir die beste Hoffnung, daß bis zur nächsten Wahl ganz andere Resultate erzielt werden. Der ausgestreute Samen hat auch seine Früchte getragen, und haben wir deren schon manche gepflückt. So wurde die Vorstadt Sudenburg in Angriff genommen und in einer im vor. Monate stattgehabten Volksversammlung ließen sich 31 Mann in die Parteiliste einzeichnen; bis jetzt ist die Zahl dort bereits bis über 40 gestiegen.

Toch auch in Magdeburg haben wir einen guten Fortschritt gemacht. Wir beriefen am 23. v. M. eine Volksversammlung in der Centralhalle ein, zu der unser Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter Gab aus Hamburg als Referent erschien.

Nur vorher brachte die „Magd. Bürger Ztg.“ in einem ihrer Reichstagsberichte eine Schilderung über die sozialistischen Reichstagsabgeordneten in einer Färbung, die gewiß manchem ihrer socialistischen Leser die Gänsehaut überliefen machte. Gewiß glaubte so mancher angehende Zwiebelbürger, es kommt nun bald der Tag, wo er zusammen mit seinen Compagnen in einer mächtigen Pflanze in der köstlich pikanten Petroleumsauc: von den „wüsten Götzen“, den Sozialdemokraten, geschmort, und diese sich die besten Wästen aus den feinsten Wästen ihrer Schlachttopf zum Bespeisen heranz-

schneiden würden. Was Wunder also, daß am Abend des 23. März die Menschen zur Centralhalle wallfahrten, um sich von der „guten Lunge und der geläufigen Zunge“ eines jener „Rauschbolde“ ihr Schicksal verkünden zu lassen. Halb 9 Uhr nahm die Versammlung ihren Anfang und wurde Kees als erster, Habermann als zweiter Vorsitzender, und H. Hebrant als Schriftführer gewählt. Nach einer kurzen Ansprache des ersten Vorsitzenden wurde Geib zur Tagesordnung: „Die Wählfrage der Sozialdemokratie und die Parteien im Reichstage“ das Wort erteilt. Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf die anderthalbstündige, oft von stürmischem Beifall unterbrochene Rede Geibs näher einzugehen. Redner wies schlagend nach, wie die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr sich immer weiter verbreitet, die Gegner immer mehr den Boden unter ihren Füßen wanken fühlen, jedoch oft zu den verkehrtesten Mitteln greifen, um der Gefahr, von den Sozialdemokraten überfüllt zu werden, auszuweichen. Redner unterzog die verschiedenen Parteien einer herben aber verdienten Kritik, und strift den Führern dieser Parteien das Recht ab, sich als wahre Vertreter des Volks zu geriren. Er führte aus, daß von allen Parteien nur die Sozialdemokratie, trotzdem sie heute noch in zwei Lager gespalten sei, ihre Prinzipien verwirklichen könne; daß wir keineswegs die Absicht hegten, die Befreiung des Menschen-geschlechts auf blutigem Wege herbeizuführen, wir seien gern bereit, die Hand zur Versöhnung zu bieten, sobald die besitzende Klasse sich bereit findet, ernst und ehrlich mit uns zu wirken, um die darbenende Menschheit aus ihrer unheilvollen Lage zu erlösen und sie zu Wohlstand und Glück zu führen. Wollte sie das nicht, so wird die sozialdemokratische Arbeiterpartei, unbelümmert um die heutige Gesellschaft, ihr begonnenes Emancipationswerk vollenden. Redner schließt mit einem Gleichniß, das ein andermal seinen Platz im „Volksstaat“ einnehmen soll und verläßt unter rauschendem Beifall die Tribüne.

Nach Geib sprachen noch Behr aus Braunschweig, Hendrik, Habermann, Kees und Wiemer. Letzterer zahlte in derber Münze der „Magdeburger Zeitung“ für ihre nach dem Reptilienfonds laufenden Reichstagsberichte aus.

Nachdem Kees mit kräftigen Worten zum Eintritt in die Partei und zum Abonnement auf den „Volksstaat“ aufgefodert, nahm Geib zum Schluß nochmals das Wort und forderte die Anwesenden in erster Weise auf, als Männer für ihre Ueberzeugung einzustehen und nicht wider besseres Wissen nur Einzelnen alle Arbeit und Mühe zu überlassen. Unter stürmischem Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Gesang von Proletariatsliedern wurde die sehr zahlreich besuchte Versammlung geschlossen, und traten viele Arbeiter unserer Partei bei.

Die Begeisterung, die in der Versammlung herrschte, wird wohl den Gegnern unserer Sache bewiesen haben, daß in Magdeburg die Idee der Sozialdemokratie fortlebt und immer mehr wachere Streiter unter ihre Fahne sammelt.

Vor aber, Parteigenossen, arbeitet rüstig weiter, jeder Parteigenosse, der gewonnen wird, ist ein Nagel zum Sarze der heutigen Gesellschaft. Die „Magd. Ztg.“, die sonst über jede Versammlung berichtete, schwieg diesmal über unsere Versammlung wie das Grab. Wäre die Versammlung von 100 oder 200 Mann besucht gewesen, so hätte sie gewiß der Welt verkündet, der Sozialismus liege in den letzten Zügen. Nur der „Magd. Corr.“, ein konservativer Degan, brachte einen wahrheitsgetreuen Bericht, dafür wird ein andermal wieder thätig gelogen, nicht wahr, „liebe Tante“?

**Magdeburg, 15. April.** Zu einer Versammlung der selbstständigen Handwerker, die gestern in Lindner's Salon stattfand, bezog sich auch ein Häufchen von ungefähr 50 Sozialdemokraten, war doch diese Versammlung eine öffentliche. Der Einberufer that sofort in stiller Abnung, daß es nach Petroleum rieche, laud, daß nur selbstständige Handwerker stimmen und sprechen dürften. Wir gaben uns damit zufrieden und sahen den Dingen entgegen, wie da kommen sollten. Ich will den Lesern des „Volksstaat“ den Kohl nicht aufstücken, den der Vortragende Brandis aus Berlin nebst andern Meistern hervorbrachte. Nur das sei erwähnt, daß außer Contraktien, Controlbüchern ic. dem Hrn. Brandis der Ausweis entzückte: „Er habe alle Achtung vor der hohen Gelehrsamkeit der Reichstagsabgeordneten, aber es wäre besser, wenn jene neben ihren wissenschaftlichen Kenntnissen auch die praktischen Erfahrungen besäßen, die er inne hätte, und es könnte gar nicht schaden, wenn im Reichstage 10—15 Abgeordnete säßen, die nebst wissenschaftlicher Kenntniß seine (des Brandis) praktische Erfahrungen in sich vereinigten; wenn alle Sünde im Reichstage vertreten wären, gehört auch er Handwerkerstahl hinein. Außer einer langen Petition an den Reichstag wurde den konservativen Abg. Ackermann und Günther eine Dankadresse für ihre Anträge votirt. Brandis und Genossen stimmten zu unserm Ergögen ein ganz gewaltiges Lamento darüber an, daß die Fortschrittler und Liberalen sich gar nicht um ihre Petitionen kümmerten; trotzdem, daß sie alle diesen Parteien angehörten, müßten sie ihre Mißbilligung über die Abgeordneten ihrer Parteien ausdrücken, und sei das Vorgehen der Herren Ackermann und Günther ein lobenswerthes.

Also werden wir das Schauspiel erleben, daß bei den nächsten Wahlen der Mittelstand sich ins Gesicht stößt oder bei den Conservativen sich anzuklammern sucht, um dem Tode des Existenten in unserer industriellen Fluth nicht noch früher als er es ahnt, zu verfallen.

**Kochstedt, 11. April.** Auch hier sind eine Anzahl Arbeiter der Partei beigetreten und hatten diese die Absicht, am Sonntag, den 12. d. M., eine Volksversammlung abzuhalten, in der Wiemer aus Magdeburg über das Contraktbruchgesetz referiren sollte. Jedoch der Mensch denkt und der Zufallfabrikant Heinrich Silberschlag lenkt. Der Gasthof „zum schwarzen Aker“, in dem die Versammlung stattfinden sollte, gehört einer Wittve, deren Sohn in der Fabrik jenes Silberschlag als Maschinenschlosser arbeitet. Der pfiffige Silberschlag düstelte mit seinem kügelen Besitze aus, daß der Gasthof nicht jowid einbringt, um Mutter und Sohn ernähren zu können, und sim Vollgefühl seiner schlotzjunkerlichen Würde begiebt er sich an den Schraubstock seines feilenden Arbeiters und verkündet demselben: „Entweder darf keine Versammlung mehr bei Ihnen stattfinden, oder Sie sind meiner Arbeit quitt.“ Die Wittve, die der 4—5 Tskr., die ihr Sohn wöchentlich verdient, bedarf, konnte nicht anders, als uns das Lokal verweigern, da es in Kochstedt keine andere Arbeit für ihn gab und sie ihn in der Wüthigkeit ebenfalls dringend bedarf. Müßen ja doch von Kochstedt aus viele Arbeiter stundenweite Wege machen, um ihr Brod zu verdienen. Während polnische Arbeiter herangezogen werden, und diese b. Uger arbeiten, müssen Familienväter auf den Bergwerken oder Ziegeleien in der Umgegend arbeiten und können nur einmal in der Woche auf wenige Stunden einkehren. Das ist auch ein Stück Familienglück, das die gottlosen Sozialdemokraten verschiden wollen.

Doch nun zurück zu unserm Silberschlag; daß dieser Silber und auch Gold aus seinen Arbeitern heranzuschlagen versteht,

wollen wir gern zugeben, sintermalen er ja ein reicher Mann geworden ist. Doch irrt er sich gewaltig, wenn er etwa sich in der Hoffnung wiegt, mit den Sozialdemokraten habe er ebenfalls Glück. Haben wir doch schon wieder ein anderes Pöbel, und schlagt man uns auch das eines schönen Tages zu, so wissen wir doch, daß weder geschlagene noch gemüthete Silber den Sozialismus mehr austrotten kann. Ph. W.

**Hannover.** Warnung an sämtliche Schuhmacher Deutschlands. Da hier in aller nächster Zeit ein großer Strike auszubrechen droht, werden alle Kollegen gebeten, den Zugang von hier fernzuhalten.

Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an  
H. Knoche, Braunschweiger Straße Nr. 5, Hth. 2 Tr.

**Worms, 20. April.** (Ein Kulivertrag in Deutschland.)

Zwischen der in Worms unter der Firma „Wormatia“ bestehende Gesellschaft für Lederfabrikation, in gegenwärtiger Urkunde vertreten durch ihren Direktor Herrn Ernst Hermsheim, eintheils, und Martin Pfeil, aus Hochheim gebürtig, andertheils, wurde heute folgender Dienstvertrag verabredet und abgeschlossen: „Martin Pfeil verpflichtet sich, während vier nacheinander folgenden Jahren, beginnend am 21. Juli 1871 und endigend am 21. Juli 1875 in den Diensten der Lederfabrik „Wormatia“ zu verbleiben und alda namentlich als Reinmacher zu arbeiten und weisere Arbeit zu liefern. — Jedoch soll Martin Pfeil verpflichtet sein, auch jede sonstige Arbeit, zu welcher er von seinen Vorgesetzten beordert werden könnte, nach besten Kräften ohne Widerrede zu verrichten.

Die „Wormatia“ wird dem Martin Pfeil denjenigen Lohn bezahlen, welcher jeweilig für die von ihm geleistete Arbeit an andere geübte Arbeiter in ihrer Fabrik bezahlt wird. Hieraus bezügliche Bestimmungen bleiben lediglich dem Ermessen der Direction der „Wormatia“ vorbehalten.

Martin Pfeil hat alle Anordnungen seiner Vorgesetzten genau zu befolgen, und jede Arbeit mit allem Fleiß und Pünktlichkeit zu versehen, namentlich auch die in der Fabrik „Wormatia“ festgesetzten Arbeitsstunden auf Genueste einzuhalten und während derselben unangefordert für die Fabrik zu arbeiten. — Vor Ablauf der festgesetzten Zeit von vier Jahren darf Martin Pfeil unter keinen Umständen, auch selbst wenn die Direction der „Wormatia“ aus irgend welchem Grunde ihn aus ihren Diensten entlassen sollte, in einer andern hiesigen oder auswärtigen Lederfabrik in Arbeit treten.

Sollte Martin Pfeil einer den also eingegangenen Verbindlichkeiten zuwiderhandeln, so verpflichtet er sich der „Wormatia“ eine Conventionalstrafe von dreihundert Gulden sofort in baar, ohne daß irgend eine Einrede zulässig wäre zu bezahlen. Zur besseren Sicherstellung gedachter Conventionalstrafe deponirt Martin Pfeil sofort in Händen der „Wormatia“ einen von ihm unterzeichneten und nach Sicht zahlbaren Solo-Wechsel von dreihundert Gulden, welchen vor Ablauf von je zwei Jahren zu erneuern er sich ausdrücklich verpflichtet und soll die „Wormatia“ berechtigt sein, von fraglichem Wechsel sofort Gebrauch zu machen, wenn die Strafe vorfallen wird. Der Fabrik „Wormatia“ ruht das Recht zu, den Martin Pfeil jederzeit aus ihren Diensten zu entlassen, in welchem Falle dieselbe verbunden ist, demselben fünf Gulden als Entschädigung zu zahlen.

Gegenwärtiger Akt wurde in zwei Exemplaren abgefaßt, nach Vorlesung unterzeichnet und jedem der Theilnehmenden ein gleichlautendes Exemplar zugestellt. Worms, den 21. Juli 1871.

Unters.: Ernst Hermsheim und Martin Pfeil.  
Martin Pfeil soll, während er in der „Wormatia“ in Diensten steht, wöchentlich mindestens sieben Gulden verdienen. Unters.: Ernst Hermsheim und Martin Pfeil.

Dreihundert Gulden Veltstrafe für den Arbeiter, der den Vertrag bricht, fünf Gulden für den Fabrikanten, „Brodlostmacherg“ des Kolis, wenn er innerhalb dieser vier Jahre, auch wenn er widerrechtlich fortgesetzt ist, irgend einen andern Pöbel in seiner Branche annimmt. — Das ist der Inhalt dieses Vertrags und was sagen die hiesigen Oerthe? Als vor kurzer Zeit der Herr Reichstagsabgeordnete Herrbrant Hehl einen Proceß wegen eines ähnlichen Vertrags at strengie, wurde derselbe in zwei Instanzen für nichtig erklärt. Der Reichshof nahm an, daß ein derartiger Vertrag überhaupt nicht rechtsgültig sein könne; das hiesige Obergericht aber erklärte den Vertrag für gültig; es meinte, der Mann hätte ja nicht wüthig gehandelt, denselben zu schließen. Ganz richtig, Ihr Herren Richter; es hat ja durchaus Niemand nöthig zu verhungern; wer es dennoch thut, ist ein Mensch, welcher nicht werth ist, in „felden“ Cultursituation zu leben. Wehalb schloß der Mann nun den Vertrag ab? Er hatte vielleicht Weib und Kind zu Haus, welche nichts zu essen hatten; er wußte den Vertrag abzuschließen. — Das genügt diese weisen Herrn natürlich nicht!!

**Zell a. M.** (bei Würzburg), den 12. April. Fabrikantenhumanität und Gerechtigkeit. Wann ich mich erst jetzt dazu entschleie, einen Pei- oder vielmehr Nachtrag der pikanten Ereignisse bezüglich der Reichstagsabgeordneten zu bringen, so schide ich, da ich persönlich dabei betheilig bin, die Bemerkung voraus, daß weder Haß noch Neid, noch andere niedere Motive mich dazu bewegen, folgendes einer unabhängigen, von keinem Repräsentanten oder Geldhals beinflussten Presse zu übergeben, sondern nur einzig und allein das Wüthgefühl für wei-e in keinerlei Weise beneidenswerthe Lage befindlichen Unbrüder und um den schmerzlichen Fügen und gemeinen Verdächtigungen unserer liberalen Schandpresse, deren ganzes Streben ausschließlich entweder in Speculation auf den Weltfad oder im Bekämpfen der Arbeiter besteht, die nackte Wahrheit entgegen zu halten.

Vielen wird noch in Erinnerung sein, wie vor ungefähr sechs Monaten einige humane Einrichtungen, resp. Fabrikordnungen der Herren von König in Kloster Oberzell (Schneidpressenfabrik) von der liberalen Presse in die Welt hinausposaunt wurden, gespickt mit Lobhudeleien aller Art. Ich werde vielleicht später auf diese zum Theil sehr hübschen Einrichtungen, die sich besonders auf dem Papier sehr human gestalten, zu sprechen kommen; vorläufig beschränke ich mich nur auf die Verichtigung ganz unwahrer und unerbürdiger Thatsachen, die die Würzburger „Bayer. Volkszeitung“ in Nr. 65 vom 17. v. M. ihren Lesern anstifft. Da steht wörtlich zu lesen: „Es geht uns die verbürgte Mittheilung zu, daß an dem Gerichte, als habe auch die Fabrik König und Bauer in Oberzell ihre Arbeiter größtentheils entlassen müssen, kein wahres Wort ist. Auch nicht ein Mann wurde von den Herren von König entlassen. Es ist dies im so erfreulicher, als man im Publikum verbreitet hatte, es mangle der Fabrik an Beschäftigung.“ Nun, wenn die Herren v. König mit Hilfe ihrer Arbeiter bereits Millionäre geworden, ja sogar wegen ihrer „weltbekannten Humanität“ in den Adelstand erhoben wurden, so ist es gewiß nicht erwähnenswerth, wenn sie bei einer kleinen vorübergehenden Geschäftsstöckung keine Arbeiter entlassen. Nun ist es aber Thatsache, und zwar wahre und gut verbürgte Thatsache, daß am Vorabend des Wahltages in einer liberalen Versammlung, wenn auch nicht

der größte Theil, so doch ein guter Theil von den Arbeitern und zwar in Gegenwart der Herren v. König von zwei sechsten Schulmeistern, die stark in Dressur wachen, auf die gemeinste Weise beschimpft wurden, z. B.: „Haut sie ab, die faulen Kestel! Speit auf sie! Zum Thor hinaus mit ihnen! Die wollen nur theilen!“ Die verkommenen Schulmeister spekulirten aber dabei mit Wälden auf den Geldbeutel der Herren v. König, die unschwer errathen ließen, daß sie dessen Inhalt gern getheilt hätten. Die Folge dieser Philippika war, daß unmittelbar nach der Wahl vier Arbeiter, wovon der eine bereits fünfzehn Jahre in der Fabrik beschäftigt war, und ein anderer, der Familienvater von sieben Kindern ist, sammt seinen zwei Söhnen, wovon der eine 15, der andere 17 Jahre alt ist, ihre Entlassung erhielten. Ein Arbeiter, hoch in den vierziger Jahren, der 18 Jahre in der Fabrik beschäftigt ist und der das eine Auge ganz eingeküßt hat, während das andere in sehr leidendem Zustande ist, wird neben Kündigung des Logis fortwährend mit Entlassung bedroht; den Jaghaften und Aengstlichen wird beständig gedroht, die Fabrik würde geschlossen werden, und wem Etwas nicht recht sei, der könne gehen, es wären bei der jetzigen Geschäftsstöckung so schon Leute zuviel, ja man vernahm sogar Aeußerungen, wie: Diese Hundskete müssen einmal ordentlich geküßt werden!

Also, weil diese Arbeiter, trotz aller Chikanen in ihrer Ueberzeugungstreue nicht gewankt und nur gethan, was Pflicht und Recht jedes freien Menschen ist, dafür müssen sie geschimpft werden? Erinnert das nicht an die Sklaverei? Und dies Alles kaum einige Wochen nach dem Jubelsturm der 2000. Maschine, wo den Arbeitern gesagt, und von denselben auch treuherzig geglaubt wurde: „Arbeiter, wir wollen zusammenhalten in guten und schlimmen Tagen“ u. dgl. m., und wo feile Zeitungsschreiber in die Welt hinausposaunten: „In Zell gibt es wirklich keine soziale Frage!“

Also wirklich keine soziale Frage bei uns? Was haben nun diese Gemafregelten, die man in ungerechtfertigter und unbarmherzigster Weise auf die Straße gesetzt, von allen diesen schönen und humanen Einrichtungen? Nun, wir werden die Konsequenzen unserer Ueberzeugungstreue zu ertragen wissen, mögen aber auch dafür alle diejenigen, die sich bei der besprochenen Gelegenheit so gründlich klammert haben, auch die Folgen ihrer unsterblichen Blamage tragen.

Conrad Deppisch, Fabrikarbeiter.

**Augsburg, 12. April.** Auf gestern Abend hatten wir eine Volksversammlung einberufen, behufs Protest gegen die Vorlage der Gewerbeordnungs-Novelle an den deutschen Reichstag. Die Versammlung fand in den Sälen des Gasthofs „zu den drei Königen“ statt und war massenhaft besucht; nach Schätzung des Wirthes waren gegen 1300 Personen anwesend. Tauscher als Referent machte es den anwesenden Arbeitern in leicht faßlicher Weise begreiflich, in welchem Maße die Coalitionsfreiheit durch Annahme dieser Vorlage beschränkt würde, und was man den Arbeitern bei Gelegenheit der Reichstagswahl alles versprochen habe, jetzt aber nichts Erlegeres zu thun habe, als Ausnahme-gesetze gegen die Arbeiter zu fabriciren. Die Resolution, wie sie von den Nürnberger Arbeitern in dieser Angelegenheit angenommen wurde, gelangte hierauf zur Abstimmung, nachdem noch einige Redner das Wort ergriffen hatten und wurde einstimmig angenommen. Das Bureau wurde beauftragt, dieselbe sofort an das Präsidium des Reichstags einzusenden.

**Solingen, 13. April.** In einer am 12. d. von beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgehaltene Volksversammlung, welche sehr zahlreich besucht war, und in der Schuhmacher aus Köln eingehend über das Militär-, Preß- und Contractbruchgesetz referirte, wurden einstimmig folgende Resolutionen angenommen: 1) Da die Kriege das höchste Uebel über die Menschen bringen, sind sie als kulturschädlich zu verurtheilen, insbesondere gilt dies von den Angriffen- und Eroberungskriegen. Das stehende Heer aber ist eine Quelle der Kriege, dasselbe ist deshalb in eine Volkswehr umzuwandeln, welche lediglich gegen ungerechte Angriffe zur Verteidigung dient. 2) Die v. lle Freiheit der Meinungen ist der oberste Grundpfeiler wahrer Civilisation. Die Presse ist deshalb von allen gewerblichen, politischen und strafrechtlichen Banden zu befreien. 3) Die Versammlung erklärt sich ferner gegen das Contractbruchgesetz, die Gewerbeordnung, weil durch letztere mit Rücksicht auf die Wohl der Veiiger durch die Gemeindevereinigungen, das Interesse der Arbeitshoren bevorzugt wird.

Ed. Müller, Schriftführer.

**Hedderheim, 21. April.** Am vergangenen Sonntag tagte hier im Saale des Herrn Westfeld eine von hiesigen Parteigenossen einberufene Arbeiterversammlung und waren als Referenten die Herren Oppficus und Eüler aus Frankfurt a. M. erschienen. Wenn die Versammlung auch keine so große war — sie war von ca. 130 Arbeitern besucht —, so kann ich Ihnen doch mittheilen, daß die im Saale Anwesenden ganz besonders von einem unserer Sache günstigen Geiste belet waren; dafür zeugte der donnernde Beifall, womit Herr Oppficus zum Dank für seinen wirklich sehr gebiegenen Vortrag über das Contractbruchgesetz belohnt wurde. Zum Schluß seines Vortrages empfahl genannter Parteigenosse die im „Volksstaat“ mitgetheilte Resolution gegen das Contractbruchgesetz zur Annahme, welche denn auch einstimmig acceptirt und nach am selben Tage an den Reichstag abgefaßt wurde. Nach Herrn Oppficus referirte Herr Eüler über das Militär- und unterwarf solches einer scharfen Kritik. Er sprach mit vieler Wärme und befriedigte alleseitig durch seine klaren Ausführungen. Das Resultat der Versammlung waren 17 neue Einzelnungen in die Partei, so daß wir jetzt 54 Parteimitglieder zählen, was immerhin eine ganz anständige Zahl für einen Ort wie Hedderheim ist. Wir wollen hoffen und wünschen, daß wir nicht auf dieser Zahl stehen bleiben, sondern mehr und mehr erstarken. Die Leute sind hier im Allgemeinen sehr empfänglich für die sozialdemokratischen Ideen, nur macht sich der Mangel an Rednerkräften hier in Hedderheim mitunter sehr spürbar, doch wird sich das auch mit der Zeit machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag  
A. Sprenger, Schriftführer.

**Meran, 20. April.** Der am Ostermontag d. J. hierselbst abgehaltene dritte Arbeitertag der Arbeiterbildungsvereine von Triol und Borsarberg hat unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: „Productiv-Genossenschaften, mit deren Gründung und Leitung Innsbruck beauftragt wurde, nachdem dieser Verein im Laufe des Jahres die vorbereitenden Schritte vorgenommen hat und bereits über ein Capital zu diesem Zwecke zu verfügen hat; die anderen Vereine sagten ihre moralische und materielle Unterstützung zu.“ „Entreichung einer Petition an die betr. fende Behörde, die Strafhausarbeit in einer Weise zu regeln, daß der durch dieselbe auf das Kleingewerbe ausgeübte Druck nach Thunlichkeit paralysirt werde.“ „Einführung eines Contractstatuts für sämtliche Vereine von Triol und Borsarberg und Annahme des vom Vereine Innsbruck diesfalls vorgelegte Statutenentwurf mit Vorbehalt etwaiger Modificirungen.“ „Petition an die Direction der l. l.

priv. Südbahn behufs Preisermäßigung für Vereinsmitglieder auf der Reise von und nach ihren Konstitutionsorte.“ „Petition um strenge Durchführung der Volksschulgesetz und Aushebung der Ermäßigung beschreibungweise Aufhebung des Schulgeldes.“ „Bestimmung zur Errichtung von Arbeiterkammern.“ „Abhaltung der Arbeitertage alle 2 Jahre.“ Nächster Arbeitertag im Jahre 1876 in Dornbirn, Borort Innsbruck.“

Die Parteigenossen der nachbenannten Orte werden hierdurch aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen daß folgende

### Annoucen-schulden

baldigst bezahlt werden:

An Annoucenbeträge für März schulden:  
Altona: Arb.-Ver. 4 Gr.; Augsburg: Arb.-Part. 21 Gr., Arb.-Ver. 3 Gr.; Berlin: Holzarb.-Gew. 15 Gr., Arb.-Part. 4 Thlr. 6 Gr., Sattlereiverein 9 Gr., Böttchereverein 16 Gr.; Agit. Com. 10 Gr., Steinweg-Gew. 14 Gr., Milse 4 Gr.; Bremen: Arb.-Part. 1 Thlr.; Bremerhaven: Met.-Gew. 16 Gr.; Breslau: Verein Geseßlichkeit 12 Gr.; Köln: Arb.-Part. 24 Gr., Budeleymeyer 8 Gr., Holzarb.-Gew. 9 Gr.; Crimmitschau: Mannf. Fabr.-u. Handarb.-Gew. 12 Gr.; Chemnitz: Met.-Gew. 5 Gr.; Elberfeld: Arb.-Part. 10 Gr.; Frankfurt a. M.: Klempn.-Ver. 7 Gr.; Gotha: Holzarb.-Gew. 3 Gr.; Hamburg: Arb.-Part. 28 Gr.; Stepper u. Borrichter 6 Gr., Holzarb.-Gew. 13 Gr.; Halle a. S.: Schneidereverein 16 Gr.; Hannover: Arb.-Part. 5 Gr., Metall.-Gew. 6 Gr.; Kall b. Köln: Blum 4 Gr.; Kleinzschöcher: Arb.-Ver. 5 Gr.; London: Arb.-V.-Ver. 7 Gr.; Lützenwalde: Arbeiter-Partei 12 Gr., Productivgenossenschaft 6 Gr.; Lausane: Arbeiter-Verein 5 Groschen; Magdeburg: Arbeiter-Partei 8 Gr.; Niederhaglau: Arbeiter-Partei 8 Gr.; Neundorf: Arb.-Part. 8 Gr.; Rowames: Mannf. u. Handarb.-Gew. 6 Gr.; Ruhla: Arb.-Partei 10 Gr.; Pögned: Arb.-Partei 12 Gr.; Ruhl: Rabel 10 Gr.; Rochlig: Lehmann 1 Thlr. 14 Gr., Regensburg: Schuhm.-Gew. 5 Gr.; Stuttgart: Barchardt 4 Gr.; Spandau: Metall.-Gew. 5 Gr., Arb.-Partei 7 Gr.; Stragburg: Arb.-Part. 8 Gr.; Stuttgart: Arb.-Part. 8 Gr.

Da es Pflicht der Vertrauensmänner, Vereinsvorsände und Bevollmächtigten, wie jedes einzelnen Parteigenossen ist, für richtig baldigste Zahlung der Annoucen-Beträge zu sorgen, wird die Verichtigung obiger Ausstände baldigst ermahnt.

Von den Parteigenossen jener Orte, welche schon seit Monaten vergebens gemaht werden, erwarten wir, daß sie mit Entschiedenheit die Säumnngen zur Zahlung veranlassen.

Privatannoucen werden nur aufgenommen, wenn der Betrag hierfür in Briefmarken beisteht, oder bei größeren Annoucen Postvorschuß erhoben werden kann.

Die Expedition des „Volksstaat“. [46]

### Briefkasten

der Redaktion. F. in Klagenfurt: Brief folgt. R. K. in Dresden: Wird besorgt.

der Expedition. F. Reichenberg Schr. 15 Tzlr. Frsch Paris Ab. 2. Qu. Tzlr. 2 7 5. Soz.-dem. Arb.-Ver. hier Tzlr. 2 27. F. Petz Sozarbeit Ab. 2. Qu. Gr. 25 5. F. Mar Goto hier Ab. 1. Qu. Tzlr. 13. F. St. Et. Grai Ab. 2. Qu. 27 Gr. R. H. per Ab. 1. Qu. Tzlr. 1 20. F. Fischer Kl.-Hocher No. 1. Qu. Tzlr. 2 6 5. R. H. per. Wimar Ann. 12 Gr. F. von Döllsch Ab. Mai u. Juni 11 Gr. Kegel-King der R. hier Ann. 5 Gr. Schbm hier Schr. Tzlr. 1 3 8. F. Trimm Berlin Ab. April Tzlr. 49 21 5. Arb.-v.-Ver. Pelszig Ann. 28 Gr. W. Ent Dresden Schr. Tzlr. 1 16 5. G. Mann hier No. 6 Gr.

### Fond l. pol. Gemafregel. e.

B. Soz.-dem. Arbeiterverein Leipzig 5 Thlr.

### Anzeigen 2c.

**Berlin** Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Köwes. — Vortrag von Bräsehd nes. Das Erscheinen Aller ist Ert-risache. C. Fider.

**Braunschweig** Sonntag, den 3. Mai 1874, 6-7 Uhr. der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer verbunden mit Concert, Lektationen, Festsche, (von W. Gracke jr.) und Ball bei Herrn Wagentredt (vorm. B. Instedt's Garten). Das Concert wird ausgeführt von der Steinemann'schen Kapelle. Anfang 4 Uhr. — Entré 3 Gr. Alle Gewerkschaften, Mitglieber und Freunde der Arbeitersache von Nah und Fern ladet freundlich ein Das Fest-Comité.

**Frankfurt a. M.** Samstag, den 2. Mai, Abends halb 9 Uhr: Hauptversammlung im Vereinslocale, h. G. v. d. Heime, 26. Lagerordnung: 1) Ergänzungswahl für den Kassier. — 2) Antrag über die Del. gitten-Wahl. — 3) Wichtige Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen Aller ist unbedingt. Der Bevollmächtigte.

**Der Fachverein der Maurer in München** ersucht sämtliche Gewerkschaften, Fach- und andere Vereine der Maurer oder Mitglieber, ihre Adresse baldigst bald an die Expedition des „Zeitgeit“ in München, Lohrdedgasse 4, einzusenden. München, im April 1874. F. A. Beyer.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Großgeschlagen findet bei guten Lohn dauernde Beschäftigung. Korbmacher in Ansburg, Sterngasse.

## Arbeits-Hosen.

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.  
Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.  
Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27/4 Sgr. empfiehlt

**Louis Guttman**

J. N. No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24.

### Notiz.

Auf die New-Yorker „Arbeiter-Zeitung“ nimmt die Unterzeichnete Bestellungen entgegen. Der zweite Jahrgang begann am 7. Febr. 1874; mit 4. April das zweite Quartal. — Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich einmal. Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr. Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen Leipzig, 24. April 1874.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Berantw. Redaction: R. Preißer. (Redaction u. Expedition Johannestr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.